

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1959

Der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der SBZ über die Erfüllung der Wirtschaftspläne im ersten Halbjahr 1959 liegt noch nicht vor. Dafür hat aber die Pressestelle der Staatlichen Plankommission in Ost-Berlin eine Art Kurzbericht veröffentlicht, aus dem sich ein einigermaßen abgerundetes Bild über die Wirtschaftslage der SBZ gewinnen läßt.

Dieser Kurzbericht ist deshalb besonders interessant, weil er in seinen einleitenden Bemerkungen von großen wirtschaftlichen Erfolgen spricht und dann in den Einzelschilderungen auf so viele Mängel und Störungen hinweist, daß dadurch der positive Eindruck, den die Einleitung vermittelt, wieder erheblich abgebaut wird. Es bleibt außerdem ein Rätsel, wie man behaupten kann, der Plan sei insgesamt erfüllt, wenn dann auf die unbefriedigenden Produktionsleistungen einer ganzen Reihe von Industriezweigen hingewiesen wird. Übererfüllungen auf der einen und Untererfüllungen auf der anderen Seite gegeneinander aufzurechnen, wäre doch eine Milchmädchenrechnung, bei der man sich selber nur etwas vormacht. Denn das Charakteristische dieser totalen Staatsplanwirtschaft liegt doch darin, daß *alle* Bestandteile des Wirtschaftsgeschehens im Plan wie in einem riesigen Räderwerk miteinander verkoppelt sind. Wenn einige sehr wichtige Räder dieses Werkes langsamer laufen — als bildliche Darstellung der Untererfüllung der Produktionspläne —, dann muß sich das über den Bereich der Störungsstelle hinaus auf das gesamte Räderwerk auswirken. Trotz dieser kritischen Einschränkung bleibt der Eindruck bestehen, daß in der Wirtschaft der SBZ die Entwicklung zu einem der bedeutendsten Industriegebiete des Ostblocks, wenn auch mit erheblichen Reibungsverlusten und bei sehr starker Vernachlässigung des Bereichs privater Konsum, im ersten Halbjahr 1959 Erfolge aufzuweisen hat.

Die gemeldete Zuwachsrate der Industrieproduktion für das erste Halbjahr 1959 von 12,4 vH ist außerordentlich hoch und liegt über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Der für den Siebenjahresplan festgelegte Durchschnittszuwachs der Industrieproduktion (Zeitraum 1958 bis 1965) soll allerdings auf 12,8 vH kommen, wobei davon ausgegangen wird, daß im Jahre 1958 die industrielle Bruttoproduktion der SBZ einen Wert von 59 Md. DM erreicht habe, der bis 1965 insgesamt um rund 90 vH zu

erhöhen sei. Diese Werte sind leider wegen verschiedener Abweichungen der statistischen Methodik mit westdeutschen Bruttoproduktionswerten ohne Korrekturrechnungen nicht vergleichbar. Immerhin kann aus der Höhe der Zuwachsrate auf das Unmaß von Anstrengungen geschlossen werden, das allen in der Wirtschaft der SBZ Tätigen bis 1965 bevorsteht. Und wenn dabei schon heute gesagt werden muß, daß die realen Möglichkeiten zur Erweiterung und Verbesserung des privaten Konsums trotz aller Propaganda doch recht bescheiden sind, so sollte das bei uns nicht Freude, sondern Bedauern auslösen. Ein System, das an die arbeitende Bevölkerung so hohe Leistungsforderungen stellt, ohne daß ihnen auf der anderen Seite entsprechende Verbrauchsverbesserungen gegenüberstehen, kann ein solches Mißverhältnis entweder durch sehr harte Maßnahmen überbrücken oder durch Vertröstungen auf eine bessere Zukunft sowie durch den ständigen Appell an den Idealismus der Werktätigen — im Sprachgebrauch der SED: an das Bewußtsein. Diese drei Wege geht Pankow seit geraumer Zeit. Damit wird der Druck erzeugt, der zusammen mit dem Fehlen der in einer parlamentarischen Demokratie dem Staatsbürger gewährten freiheitlichen Grundrechte unsere Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland viel stärker trifft als irgendwelche materiellen Probleme der Lebenshaltung.

Bei einer Reihe von industriellen Schlüsselproduktionen ist nach dem amtlichen Bericht im 1. Halbjahr 1959 unbefriedigend gearbeitet worden. Die genannten Beispiele sind nicht vollzählig, aber sehr aufschlußreich. Sie betreffen in der chemischen Industrie Schwefelsäure, kalzinierte Soda und Ätznatron. Auch im Maschinenbau, dem anderen industriellen Schwerpunkt der SBZ, hat es Pannen gegeben. Unter ihnen hat die Produktion von Hoch- und Niederspannungsschaltgeräten, Leistungstransformatoren, Wälzlager, Werkzeugmaschinen, Transportausrüstungen und Fischereifahrzeugen (in der SBZ ist der Schiffs- und Fahrzeugbau ein Bestandteil der Maschinenbauindustrie) gelitten. Nach den Worten des Vorsitzenden der Plankommission, *Leuschner*, haben aber gerade diese Industriezweige „eine dominierende Bedeutung für die Erfüllung des Schwerpunktprogrammes unserer Industrie, nämlich des Chemieprogrammes ... und für den technischen Fortschritt und die Durchführung der Aufgaben der Rekonstruktion“.

Wieder wird die Bauwirtschaft kritisiert. Die Produktion von Baustoffen — Zement, Dachziegel usw. — war ungenügend. Die Bauproduktion soll zwar gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 26 vH gestiegen sein, aber die Planaufgaben nicht erfüllt haben. „In den kommenden Monaten sind noch sehr große Anstrengungen notwendig, um die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Investitionsbauten,

vor allem in der Industrie, im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft, termingemäß fertigzustellen und die Rückstände aufzuholen. Noch immer sei die kontinuierliche Versorgung der Baustellen mit Material ein ungelöstes Problem, was seine Ursache nicht nur in der zu geringen Erzeugung von Baustoffen hat, sondern auch auf die Schwerfälligkeit des Verteilerapparates zurückzuführen ist.

Die industriellen Investitionen von gestern und heute sind aber eine wesentliche Voraussetzung für die industrielle Leistungsfähigkeit von morgen und übermorgen. Hinzu kommt, daß nach den amtlichen Verlautbarungen noch beträchtliche Anstrengungen erforderlich sind, um in der Verbesserung der Maschinen- und Fertigungstechnik sowie der Rationalisierung das Weltniveau zu erreichen. Vor dem ZK der SED hat Ulbricht sogar zugegeben, daß in dieser Frage eine gewisse Gegensätzlichkeit zwischen Wirtschafts- und Staatsverwaltung auf der einen Seite und der Partei auf der anderen Seite zu überwinden ist. Die Betriebsingenieure, die sich um eine Verbesserung der technischen Ausrüstung bemühten, „wurden lange Zeit von den verantwortlichen Wirtschafts- und Staatsfunktionären nicht nur nicht gefördert, sondern durch Unverständnis und Kurzsichtigkeit gehemmt. Es bedurfte erst des Eingreifens der Partei, damit die kühnen Gedanken und Arbeiten dieser Wissenschaftler und Ingenieure realisiert werden konnten.“ Bei manchen Wirtschaftsfunktionären hätten Unkenntnis über die Spitzenerzeugnisse in der ganzen Welt und eine falsche Einschätzung des eigenen Leistungsstandes bestanden. Im Bereich der Industriezweige Rundfunk und Fernsehen mit ihrer für das Dispatchersystem und die Verbesserung der Betriebsorganisation so hohen Bedeutung „hat sich die VVB viel zu spät mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigt und die Anleitung der Betriebe in dieser Hinsicht in unentschuldigbarer Weise vernachlässigt“.

Dem außenstehenden Beobachter bleibt es unklar, wie in dem System kollektiver Wirtschaftsleitung die Zusammenarbeit politisch Gleichgesinnter zu so harter Kritik Anlaß geben kann. Derartige Pannen in der Zusammenarbeit dürften doch gar nicht auftreten. Wenn aber Ulbricht ausdrücklich forderte, daß die Betriebsparteiorganisationen der SED „ihre Kontrollrechte entsprechend dem § 70 des Partei-statuts in viel umfassenderer Weise wahrnehmen“ sollten als bisher, so zeigt auch dieser Umstand, daß es in diesem System weniger auf die Zusammenarbeit als vielmehr auf die gegenseitige Kontrolle ankommt.

Bedenklich ist Ulbrichts Vorschlag, daß „die Rückstände in Forschung und Entwicklung, die immer noch viel zu langen Fristen bei der Entwicklungsarbeit und bei der Überführung fertiger Entwicklungen in die Produktion - auch bei Inkaufnahme von gewissen Risiken -

kühn zu verkürzen“ seien. Wer soll denn dieses Risiko tragen? Auch ein technischer Prozeß braucht eine gewisse Reifezeit, ehe er in Serienproduktion ausgewertet werden kann, da nützt alle Kühnheit nichts.

In dem schon erwähnten Kurzbericht der Plankommission wird auch die Konsumversorgung gestreift. Der Zustand hat sich noch nicht verändert, daß die Erzeugung von industriellen Konsumgütern — der Bericht erwähnt Kühlschränke, Fernsehgeräte und Motorroller — zu gering war, und daß der Umsatzplan des Einzelhandels bei den Industriewaren nicht erfüllt werden konnte. Ein Industriestaat, in dessen Einzelhandelsumsatz die industriellen Konsumgüter einen Anteil von weniger als 50 vH ausmachen, stellt sich eine schlechte Visitenkarte aus. Die in einzelnen Bereichen der Industrieproduktion mangelhaften Leistungen sind nicht nur die Folge von Störungen in der Materialversorgung, von Arbeitskräftemangel oder teilweise auch von Überalterung des Maschinenparks, sondern auch von simplen Planungsfehlern. Das System der Planungs-Kennziffern sei noch sehr verbesserungsbedürftig, hob *Apel*, der Leiter der Wirtschaftskommission des Politbüros der SED, hervor: „Ohne exakte Kennziffern kann man nicht richtig bilanzieren und planen.“ Es müsse jetzt endlich mit aller Kraft durchgesetzt werden, daß in allen „Industriezweigen Verschleißnormen geschaffen werden, die zur Grundlage der Ersatzteilplanung zu machen sind“. Die Produktionsmittel müßten nach einem strengen System entsprechend den wirtschaftlichen Schwerpunkten verteilt werden.

Ein exakter Überblick über die Kapazitäten und über die erforderlichen Ersatzinvestitionen ist auch in der sogen. kapitalistischen Wirtschaft eine Grundbedingung erfolgreicher Betriebsführung. Man sollte eigentlich annehmen, daß diese Grundfragen durch die Pankower Planer schon längst geregelt worden wären. Die große Schwerfälligkeit der staatlichen Wirtschaftsbürokratie kommt darin zum Ausdruck, daß auch die Verteilung der Produktionsmittel nach den Wirtschaftsschwerpunkten als offenes Problem und nicht als gelöste Frage angesprochen wird. Es wäre interessant, festzustellen, wie hoch heute noch in der Wirtschaftsführung der SBZ der Anteil der Improvisation im Verhältnis zum Anteil echter Planung ist. Darüber aber wird sich Ulbricht sicherlich ausschweigen. Seine Beteuerung, daß dieses Wirtschaftssystem exakt wissenschaftlich fundiert und störungsfrei sei, ist bestenfalls ein Wechsel auf die Zukunft.

Bis zum Erreichen dieses Zieles, wenn es überhaupt in der SBZ je erreicht werden kann, muß auch das Problem gelöst werden, daß es nicht damit getan sein kann, alte Maschinen gegen bessere auszutauschen, also zu rationalisieren, sondern auch die Produktion muß durch Konzentration und Ausschaltung der unwirtschaftlichen oder unproduktiven Randbetriebe „auf ein höheres Niveau gebracht werden“.

Bei der Diskussion dieser Fragen in der SBZ ist ein interessanter ideologischer Widerspruch aufgetaucht. Wir kennen aus der marxistischen Literatur die mit dem Kapitalismus verbundene Konzentrationstheorie; der große Kapitalist frißt nach *Lenin* den kleinen Kapitalisten auf. Jetzt kann man aber im *Neuen Deutschland* und in der Zeitschrift *Einheit*, also in zwei hochhoffiziellen Publikationen, lesen, daß „die aus der kapitalistischen Entwicklung noch vorhandene Zersplitterung der Produktion in der DDR im Gegensatz zu den Möglichkeiten“ stehe, die die sozialistischen Produktionsverhältnisse für die Konzentration und Spezialisierung böten. Die kapitalistische Zersplitterung in unserer Industrie müsse überwunden werden. Es ist natürlich unvermeidbar, da in der SBZ die Arbeitskräfte auch weiterhin knapper werden und die Produktion trotzdem ansteigen soll, daß der Erschließung und Ausschöpfung aller noch vorhandenen Produktionsreserven besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Ein Prozeß verstärkter technischer Konzentration soll eingeleitet werden, also über den vertikalen Zusammenschluß in Kombinat, beispielsweise Braunkohle-Chemie, Eisen-Stahl und Spinnerei-Weberei-Ausrüstung hinaus in der Form horizontaler Verschmelzung von Produktionsstätten. Da in diesem System und in dieser politischen Staats- und Gesellschaftsordnung das Privateigentum und der gewerbliche Mittelstand im Produktionsbereich keine Berechtigung haben, und der Staat eine solche Konzentrationsentwicklung durch die schärfsten Maßnahmen beschleunigen und lenken kann, wird vermutlich die Bewegung zur industriellen Konzentration in Mitteldeutschland in den kommenden Jahren erheblich an Tempo zunehmen, viel schneller jedenfalls als in einem kapitalistischen System, in dem der Staat sogar zu einer Mittelstandspolitik aufgerufen ist.

Die mit der Automation und der Energieerzeugung auf der Basis der Kernspaltung überall in der Welt festzustellende Tendenz zur Konzentration der industriellen Produktion hat in der SBZ zugleich einen sehr erwünschten gesellschaftspolitischen Zusatzeffekt. Im Bereich der Konsumgütererzeugung ist der private Anteil noch beachtlich. Er wird jedoch relativ schnell im Strudel der technischen Konzentration zusammenschmelzen. Für das Jahr 1957 — spätere Zahlen liegen noch nicht vor — gab das Statistische Jahrbuch der SBZ den Anteil der Privatindustrie an der Gesamtindustrie (gemessen an dem Produktionswert) mit 11,5 vH an; für den Bereich der Grundstoffindustrie nur noch mit 4,5 vH, wobei es sich ausschließlich um Ton- und Kiesgruben usw. handelte, für den Bereich der metallverarbeitenden Industrien mit zusammen 7,7 vH, für den Bereich der Leichtindustrie mit 24,6 vH und für den Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 11,7 vH. Heute liegen

diese Anteile bestimmt unter denen des Jahres 1957, und außerdem kann man eigentlich die Privatbetriebe, die einen staatlichen Kapitalanteil, der ja stets mindestens 51 vH betragen muß, aufgenommen haben, nicht mehr als echte Privatbetriebe bezeichnen.

Wie weit die Konzentration der SBZ-Industrie bis 1956 fortgeschritten war, hat kürzlich das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung*, West-Berlin, in einem seiner Wochenberichte dargestellt. Hiernach waren in der Grundstoffindustrie in Betrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten in der SBZ bereits 70,3 vH der jeweiligen Arbeitskräfte zusammengezogen (Bundesrepublik: 63,7 vH); in den metallverarbeitenden Industrien zusammen in der SBZ in solchen Großbetrieben 58,7 vH (BRD: 43,8 vH); in der Leichtindustrie in Großbetrieben in der SBZ 31,3 vH (BRD: 14,2 vH) und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Großbetrieben in der SBZ 11,2 vH (BRD: 12,5 vH). Der geringere Konzentrationsanteil in der Lebensmittelindustrie der SBZ resultiert daraus, daß auf diesem Gebiet in Mitteldeutschland schon früher die Mittelbetriebe den Hauptanteil repräsentierten.

Diese Konzentration wird in der Literatur der SBZ auch als „sozialistische Rekonstruktion“ bezeichnet. Was darunter im einzelnen verstanden werden soll, hat kürzlich die Zeitschrift *Deutsche Finanzwirtschaft*, Ost-Berlin, an Hand des Beispiels der VVB Stahlbau Leipzig erläutert. Zwölf Hauptgesichtspunkte stünden hier im Vordergrund:

1. *Volkswirtschaftliche Stellung und Aufgaben des Industriezweiges;*
2. *Maßnahmen zur Erreichung des Weltstandes der Erzeugnisse;*
3. *Maßnahmen zur Veränderung der Technologie;*
4. *Plan zur Entwicklung industrieller Konsumgüter;*
5. *Organisation der Materialversorgung;*
6. *Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Sozialmaßnahmen;*
7. *Maßnahmen zur Spezialisierung, Konzentration und Kooperation der Produktion;*
8. *Kaderentwicklung und Sicherung des Arbeitskräftebedarfes;*
9. *Maßnahmen zur besseren Heranziehung der Werktätigen an die Leitung und zur Förderung ihrer Initiative in der Produktion;*
10. *Maßnahmen zur Veränderung der Betriebsorganisation entsprechend den durch die Rekonstruktion geschaffenen Bedingungen;*
11. *Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzen zur schnelleren und reibungsloseren*

*Verwirklichung der Aufgaben für die
Rekonstruktion des Industriezweiges; 12.
Zusammenfassung der ökonomischen Aus-
wirkungen der vorgesehenen Rekonstruk-
tionsmaßnahmen.*

Dieses Programm offenbart zugleich die jetzt bestehenden Störungen der Produktion, Daß ausgerechnet im Stahlbau Wert auf die Entwicklung industrieller Konsumgüter gelegt werden muß, ist die Folge des sogen. Massenbedarfsgüter-Zusatzprogramms, nach dem auch die Betriebe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien aufgefordert sind, neben ihrer eigentlichen Erzeugung auch die von Konsumgütern vorzunehmen. Die viel zu geringe Erfüllung dieses Zusatzprogrammes ist gerade in der letzten Zeit in der SBZ amtlich stark gerügt worden. Auch hier tauchen wieder die schon lange bekannten „Leidensgenossen“ Materialversorgung, Arbeitsschutz und Sozialmaßnahmen auf.

*

Abseits von diesen Grundsatzproblemen läuft der Alltag für den privaten Konsumenten in der SBZ im gewohnten und großenteils unerfreulichen Trott weiter. Die ungewöhnliche Sommerhitze verschärfte das Problem des unzureichenden Angebots von Erfrischungsgetränken. An alkoholischen Getränken sind die Erzeuger und die Verteiler wegen höherer Gewinnspannen mehr interessiert als an den alkoholfreien Getränken; außerdem klappt der Flaschenrücklauf nicht. Um das Angebot solcher Getränke etwas attraktiver zu gestalten, hat man eines von ihnen mit dem bezeichnenden Namen „Cola-Gold“ belegt. Coca-Cola ist natürlich auch in der SBZ bekannt, ist aber amtlicherseits zum schädlichen Getränk, weil amerikanisch, erklärt

worden. Die Werbewirkung dieses Namens wollte man trotzdem ausnützen, daher Cola-Gold. Bloß gibt es auch davon zu wenig.

Ein weiteres Beispiel soll hier erwähnt werden, weil es für die alleinige Berücksichtigung der Menge und die Vernachlässigung der Qualität bei der Produktion - in der SBZ wird diese Einstellung als „Tonnen-Ideologie“ gerügt - kennzeichnend ist. Der VEB „Herrenbekleidung Fortschritt“ in Ost-Berlin glaubte dem Fortschritt damit zu dienen, daß er große Posten Herrenanzüge an den Handel auslieferte, die „— obwohl in die erste Wahl eingestuft — nicht zu übersehende Verarbeitungsfehler aufwiesen. Anzüge zum Preise von 266 bis 350 DM hatten schiefe Revers, schief angenähte Knöpfe, zu enge Ärmel, vernähte Taschen und andere Mängel“. Dieser VEB ist keine Klitsche, sondern das größte Bekleidungswerk der SBZ. Es kam ja sicher auch nicht von ungefähr, daß kürzlich der Minister, für Handel und Versorgung der SBZ, *W a c h*, der offensichtlich nicht wach genug war, um die vielen Versorgungsmängel in der SBZ beseitigen zu können, auf angeblich eigenen Wunsch aus Gesundheitsrücksichten seines Amtes entkleidet wurde. Sein Nachfolger wird es nicht besser machen können.

Eine erfreuliche Note in das Konsumenten-dasein kam durch eine Reihe von Lohn- und Gehaltserhöhungen, durch Aufbesserungen der im Durchschnitt noch immer sehr niedrigen Renten sowie durch die Gewährung erhöhter Beträge für Blinde und Schwerstbeschädigte. Hier kann der wirtschaftliche Wettbewerb mit der Bundesrepublik ruhig weiter gesteigert werden; denn die Erhöhung der sozialen Sicherheit ist eine Devise, die an keine politische Ideologie gebunden sein sollte.

Dr. Walter Meier